M ü n d l i c h e A n f r a g e 5 9 8 0

Abwasserbehandlung in der Gemeinde Masserberg

**Auszug aus dem Plenarprotokoll 5/117; S.
11238 – 11240**

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Abwasserbehandlung in der Gemeinde Masserberg

In der Gemeinde Masserberg gibt es Diskussionen um die zukünftige Gestaltung der Abwasserbehandlung. Die Bürgerinitiative „Abwasser Oberer Wald“ kritisiert dabei nicht nur die aktuelle Situation beim Abwasser sowie die Art und Weise der Entscheidungsfindung durch den Gemeinderat. Nach eigenen Angaben habe die Bürgerinitiative ein innovatives Abwasserbehandlungskonzept entwickelt, das jedoch laut der Bürgerinitiative weder beim Gemeinderat noch beim Landesverwaltungsamt und dem Thüringer Umweltministerium die gebotene Beachtung finde.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung die Art und Weise der Entscheidungsfindung für die zukünftige Abwasserbehandlung in Masserberg hinsichtlich Transparenz, Rechtskonformität und Bürgerbeteiligung?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Abwasserbehandlungsprojekt der Bürgerinitiative „Abwasser Oberer Wald“ aus fachlicher Sicht?
3. Wäre aus Sicht der Landesregierung das Konzept der Bürgerinitiative auch für andere Gemeinden mit Problemen im Abwasserbereich eine Alternative?

4. Wie erfolgt aktuell die Lagerung und Weiterverwendung bzw. Entsorgung des Klärschlammes aus der Abwasserbehandlung in Masserberg?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz. Herr Staatssekretär Richwien, bitte.

Richwien, Staatssekretär:

Danke schön, Herr Präsident. Die Mündliche Anfrage von Dr. Augsten beantworte ich für die Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1: Für Masserberg ist die Gemeinde Masserberg abwasserbeseitigungspflichtig. Sie hat im Rahmen ihrer Zuständigkeit das Abwasserbeseitigungskonzept erstellt. Das Abwasserbeseitigungskonzept wurde mit der unteren Wasserbehörde des Landkreises Hildburghausen und mit der Thüringer Landesanstalt für Umwelt und Geologie auch hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit und damit Förderfähigkeit abgestimmt. Die Veröffentlichung erfolgte nach Angaben der Gemeinde am 09.04.2010 und nach einer Änderung erneut am 07.09.2012 im Amtsblatt der Gemeinde Masserberg. Durch die Veröffentlichung wurde das Abwasserbeseitigungskonzept für die Bürger der Gemeinde transparent gemacht; diese Vorgehensweise ist rechtskonform. Infolge der Veröffentlichung des Abwasserbeseitigungskonzepts fanden acht größere Bürgerversammlungen statt; weiterhin wurden über 100 Einzelberatungen mit Bürgern durchgeführt.

Zu Frage 2: Die Bürgerinitiative „Abwasser Oberer Wald“ hat der abwasserbeseitigungspflichtigen Gemeinde Masserberg bisher kein prüffähiges Projekt vorgelegt. Auch den Thüringer Wasserbehörden ist kein hinreichendes Konzept der Bürgerinitiative be-

kannt. In mehreren informellen Gesprächen der Bürgerinitiative mit der Gemeinde, der unteren Wasserbehörde und dem Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz äußerten Vertreter der Initiative jedoch die Absicht, die Aufgabe der Abwasserbeseitigungspflicht selbst zu übernehmen. Diesem Vorschlag musste von den Wasserbehörden entgegengetreten werden, da keine zulässigen Gründe erkennbar waren, die eine Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht rechtfertigen würden. Insbesondere wurde von der Bürgerinitiative eine im Gegensatz zum vorliegenden Abwasserbeseitigungskonzept unwirtschaftliche zentrale Abwasserentsorgung vorgeschlagen. Die Unwirtschaftlichkeit sollte durch erwartete Gewinne kompensiert werden, die eine ebenfalls neu zu errichtende Biogasanlage u.a. aus der Energiegewinnung erwirtschaften soll. Der Bürgerinitiative wurde empfohlen, die Vorstellung zur Herstellung einer ordnungsgemäßen Abwasserentsorgung von dem Vorhaben der Errichtung einer Biogasanlage unter Beachtung der rechtlichen Verantwortlichkeiten zu trennen. Dafür spräche u.a., dass die organischen Substrate, die für den Betrieb der Biogasanlage erforderlich sind, nach den Angaben des Planers der Biogasanlage nur zu lediglich 2 Prozent aus der Abwasserentsorgung im Einzugsgebiet stammen sollen. Eine Verbindung des Betriebes der Biogasanlage mit der Abwasserentsorgung ist somit aus verfahrenstechnischen Gründen nicht erforderlich. Darüber hinaus stünde es den Genossenschaftlern einer eigenständigen Biogasanlage frei, die aus dem Betrieb der Biogasanlage unterstellten Gewinne für die Reduzierung der eigenen finanziellen Belastung aus der Abwasserentsorgung einzusetzen.

Zu Frage 3: Ich verweise insoweit auf meine Antwort zu Frage 2. Erlauben Sie mir noch folgende ergänzende Anmerkung: Die Erzeugung von Faulgas

aus Klärschlamm und letztendlich die damit verbundene Eigenstromproduktion lohnt sich wirtschaftlich u.a. aufgrund der derzeitigen Strompreise erst ab einer Kläranlagenausbaugröße von etwa 20.000 Einwohnerwerten. Erst dann ist das vernünftig zu betreiben. In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Aussagen der aktuellen Studie des Thüringer Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz zum Thema „Energieverbrauch und Energieerzeugung in Thüringer Kläranlagen“.

Zu Frage 4: Laut Auskunft der Gemeinde Masserberg wird der Klärschlamm in einem Schlammbehälter auf der Kläranlage gelagert. Der Schlamm wird alle zwei Jahre durch eine externe Firma mobil gepresst und innerhalb der Gemeinde im Landbau, das heißt Parkanlagenbegrünung, eingesetzt, sofern er aufgrund entsprechender Untersuchungen dafür geeignet ist.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine Nachfrage durch den Fragesteller.

Abgeordneter Dr. Augsten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Bei 1 bis 3 war es mir wichtig, noch einmal zu erfahren, wie das Landwirtschaftsministerium darüber denkt.

Zu Frage 4: Haben Sie denn die Frage zum Anlass genommen, um dort mal nachzuprüfen, ob die Angaben der Gemeinde korrekt sind? Mir liegen andere Angaben vor und insofern einfach die Frage: Haben Sie sich darauf verlassen, dass das so stimmt, oder haben Sie da irgendjemanden hingeschickt, der noch einmal kontrolliert?

Richwien, Staatssekretär:

Also ich habe keinen dort hingeschickt, der das kontrolliert. Ich habe mich bis jetzt auf meine Verwaltung verlassen und ich gehe auch davon aus, dass die entsprechenden Daten, die mir zugearbeitet wurden, stimmen. Vielleicht können Sie uns Ihre Informationen zur Kenntnis geben und wir fragen dann gern noch einmal nach.

Vizepräsident Gentzel:

Es gibt eine weitere Nachfrage durch den Abgeordneten Höhn.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär, für die Antworten. Ich habe eine Frage, die sich eher der kommunalrechtlichen Seite widmet, wobei ich natürlich weiß, dass das nicht in Ihrer unmittelbaren Zuständigkeit liegt, aber dennoch die Frage, inwieweit eine privatwirtschaftlich organisierte Genossenschaft überhaupt kommunalrechtlich in der Lage wäre bzw. ermächtigt wäre, eine Pflichtaufgabe einer Kommune in Form von Abwasserbeseitigung zu erfüllen?

Richwien, Staatssekretär:

Herr Abgeordneter Höhn, das ist eine Frage, die kann man im Prinzip mit dem Innenministerium klären. Mir ist es jedenfalls wichtig, dass die Gemeinde Masserberg geäußert hat, dass sie über eine innovative Lösung entscheiden könnte, wenn die Finanzierung gesichert ist. Das ist für eine Gemeinde immer ganz besonders wichtig. Mir ist mitgeteilt worden, dass es erforderlich wäre, dass die Bürgerinitiative natürlich dem Gemeinderat mal das Konzept vorstellen müsste, woraus hervorgeht, wie die Bürgerinitiative das dann finanziell darstellt und wie dies funktioniert. Das ist nach meinem Kenntnis-

stand bis zum heutigen Zeitpunkt nicht erfolgt und demzufolge, glaube ich, sollte man den ersten Schritt erst einmal machen, d.h., das Konzept vorliegen zu haben und dann zu kontrollieren, ob sie überhaupt in der Lage sind. Aber das kann man auch mit dem Innenministerium klären.